

bewußt machen können, immer mehr davon überzeugen, daß Adenauer in der Tat del* Hitler von heute ist.

Die sechste Grundidee ist die, daß der Arbeiterschaft, den Bauern, der Jugend und den Frauen in ganz Deutschland entsprechend ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen, entsprechend ihren nationalen Kampfbedingungen, ihre Lage bewußt gemacht wird und daß ihnen gesagt wird, wie sie verpflichtet sind, im Interesse ihrer eigenen Lebens- und Existenzbedingungen mit der Passivität zu brechen und sich dem breiten Strom der patriotischen Bewegung anzuschließen. Wir müssen die Idee, daß alle diese Schichten in Ost- und Westdeutschland gemeinsame nationale und demokratische Interessen haben, gerade nach Westdeutschland hinübertragen, wir müssen damit der imperialistischen Propaganda einen Schlag versetzen, die behauptet, daß die Interessen der Volksmassen in Westdeutschland nicht identisch sein können mit den Interessen des Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Lage in Westdeutschland wird die Arbeiterklasse und die Bürger immer stärker veranlassen, sich nach der festen Stütze in ihrem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kampf umzusehen. Sie finden diese Stütze in der Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik, in der Arbeiterschaft, den werktätigen Bauern und der Intelligenz. Die Erklärung des Genossen Ulbricht über die Solidarität mit den Friedenskämpfern in Westdeutschland hat deshalb eine große weittragende Bedeutung. Sie wird in Zukunft ein wichtiges Element des politischen Kampfes und des Ausdrucks der Einmütigkeit und Einheitlichkeit der patriotischen Bewegung aller Deutschen in Ost- und Westdeutschland sein.

Der Vorschlag der Regierung der Sowjetunion hat bei allen friedliebenden Völkern Hoffnung und Zuversicht auf eine spürbare Entspannung der internationalen Lage und auf die friedliche Lösung der deutschen Frage ausgelöst. Die „New York Times“ vom 28.11. 1953 ist gezwungen zuzugeben: „Die Möglichkeit der Berliner Konferenz ruft eine Woge der Hoffnung in Ost- und Westdeutschland hervor.“

In der Tat, dieser große Erfolg der Politik der Sowjetregierung, die Westmächte unter dem Druck des Friedenswillens der Völker für Verhandlungen auf einer Berliner Konferenz verpflichtet zu haben, bedeutet für das deutsche Volk, daß durch eine von der Sowjetunion vorgeschlagene Milderung der internationalen Spannungen auch die deutsche Frage einer friedlichen Lösung entgegengeführt werden kann, einer Lösung, die alle Kriegsprovokationen ausschließt, weil sie dem Militarismus in Westdeutschland jegliche Unterstützung entzieht, die demokratischen Kräfte des Volkes stärkt und den aggressiven Plänen der westdeutschen Imperialisten einen Riegel vrschiebt. Die Milderung der internationalen Spannungen bedeutet, zur gleichen Zeit die Verwirklichung der Kriegsverträge von Bonn und Paris zum Scheitern zu bringen. Zugleich erhalten dadurch die Vorschläge für Verhandlungen unter den Deutschen in der Erklärung unserer Regierung große Unterstützung.

Jetzt kommt es darauf an, daß wir alle Anstrengungen darauf richten, daß der Verhandlungswille unter den Deutschen gestärkt wird. Die Aussichten, den deutschen Imperialisten den EVG-Vertrag aus der Hand zu schlagen, sind noch günstiger geworden. Angesichts der Tatsache, daß die Konferenz der vier Großmächte in der Hauptstadt Deutschlands stattfinden wird, daß die Idee der friedlichen

Verhandlungen zwischen den Großmächten über die deutsche Frage eine unmittelbare Realität wird und daß der Bankrott der wiederholten Separatkonferenzen der drei Westmächte, die praktisch gegen den Frieden intrigierten, immer offensichtlicher wird, ist die Aufgabe, die in der Regierungserklärung unserer Regierung gestellt wurde, brennender denn je geworden: Die deutschen Patrioten müssen eine Massenbewegung für die Verhandlungen unter den Deutschen entfalten, weil solche Verhandlungen selbst zur Entspannung der Lage beitragen und die Idee der Schaffung einer gesamtdeutschen vorläufigen Regierung und der Herbeiführung eines Friedensvertrages fördern.

Die patriotische Bewegung der Deutschen in Ost und West muß so groß und stark werden, daß sie ihre Stimme zur Berliner Konferenz als Meinung der Mehrheit des deutschen Volkes erheben kann. Dann erhält das deutsche Volk die Möglichkeit, alle Vorschläge auf der Berliner Konferenz, die der Sache des Friedensvertrages mit Deutschland und der Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage dienen, als ihre eigenen Wünsche zum Ausdruck zu bringen, damit jeder Versuch der Westmächte, den deutschen Imperialisten und Militaristen zu Hilfe zu eilen, scheitern muß.

Das wichtigste in der Parteiarbeit ist darum jetzt die politische Arbeit unter den Massen zur Entfaltung einer breiten patriotischen Bewegung für die Berliner Konferenz. Das erfordert, daß die Bezirks- und Kreisleitungen und alle anderen Parteileitungen den politischen Charakter ihrer Arbeit verstärken und die politische Führung in ihrem Arbeitsgebiet allseitig verwirklichen. Die Vorbereitungen zum IV. Parteitag sind untrennbar mit der großen politischen Friedensoffensive, die unsere Partei ergriffen und entfaltet hat, verbunden.

Die erste Aufgabe ist, das Hauptaugenmerk in den Mitgliederversammlungen der Partei auf den Kampf gegen die Passivität und gegen die Unterschätzung der Fragen des Ringens um die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage zu lenken und alle Parteimitglieder mit dem offensiven Geist, mit dem kämpferischen Optimismus für unsere gerechte Sache zu erfüllen, wie er von der Rede des Genossen Ulbricht vor der Volkskammer ausgeht.

Die zweite Aufgabe ist, die politische Aussprache mit allen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik durchzuführen. In den Arbeiterversammlungen, in den Wohngebieten, auf dem Dorfe, muß durch die Initiative der Grundorganisationen der Partei, durch ihren Einfluß auf die Nationale Front des demokratischen Deutschlands die politische Aussprache mit den Werktätigen täglich geführt werden. Es darf keinen Menschen geben, der nicht durch die aktiven Vertreter der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands in die Aussprache einbezogen wird. Besonderes Augenmerk muß auf die politische Arbeit in den Dörfern gelenkt werden. Kein Dorf ohne politische Aussprache mit den Genossenschaftsbauern, den werktätigen Einzelbauern und den Landarbeitern! Es genügt nicht, diese Arbeit den Grundorganisationen der Partei, den Ausschüssen der Nationalen Front im Dorfe allein zu überlassen. Unsere Partei ist verpflichtet, alle Kräfte der Betriebe und die Ausschüsse der Nationalen Front der Wohngebiete zu veranlassen, an bestimmten Tagen in die Dörfer zu gehen und dort die politische Aussprache zu aktivieren.